

Burgdorf, 17.03.2008

## **N I E D E R S C H R I F T**

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **06.03.2008** im Ratssaal des Schlosses,  
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/012

Beginn öffentlicher Teil: 19:03 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:26 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:** **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

**Ratsvorsitzender**

Walter, Klaus-Dieter

**1. stellv. Bürgermeisterin**

Weilert-Penk, Christa

**Ratsherren/-frauen**

Alker, Rudolf  
Braun, Hartmut  
Brönnemann, Alfred  
Degenhard, Walter  
Ethner, Regina  
Fleischmann, Michael  
Gärtner, Bodo  
Gersemann, Christiane  
Gilke, Anette  
Heldt, Gabriele  
Hinz, Gerald  
Hunze, Carl  
Leppert, Florian  
Leykum, Maria  
Lüddecke, Dieter  
Meinig, Birgit  
Morich, Hans-Dieter  
Obst, Wolfgang  
Pilgrim, Adolf-W.  
Plaß, Barthold  
Rickert, Heidrun  
Rohde, Paul  
Rück, Stefanie  
Schulz, Kurt-Ulrich  
Wackerbeck, Ursula  
Weber, Ulrike  
Wunn, Ina Prof. Dr. Dr.  
Zielonka, Holger Dr.

### **Verwaltung**

Controller	Kauter, Theo
Stadtrat	Philipps, Lutz
Stadtoberamtsrat	Rode, Hans
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert
Baurat z.A.	Trappmann, Hendrik
Stadtinspektorin z.A.	Vitt, Silke
Stadtoberamtsrat	Voutta, Jens

### **Entschuldigt**

Ratsherr	Schrader, Karl-Ludwig
2. stellv. Bürgermeister	Unverzagt, Hartmut

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Einwohnerfragestunde**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 24. Januar 2008
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 5-12 "Nördlich Worthstraße"  
Vorlage: 2008 0285
6. 48. Änderung des Flächennutzungsplans (Otze - Nördlich Worthstraße) -  
Feststellung - Bezugsvorlage: 2007 0222  
Vorlage: 2008 0288
7. EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt;  
hier: Niedrige Sozialtarife für den Bezug von Strom und Gas zum Schutz  
benachteiligter Kundinnen und Kunden  
Vorlage: 2007 0284
8. Unterrichtung des Rates über Verträge mit Rats-, Ortsrats- und sonstigen  
Ausschussmitgliedern sowie dem Bürgermeister  
Berichtszeitraum: Februar 2007 bis Januar 2008  
Vorlage: 2008 0300
9. Rückübertragung der Aufgabe Unterhaltssicherung an die Region Hannover  
Vorlage: 2008 0303

#### **Einwohnerfragestunde**

## Öffentlicher Teil

### **Einwohnerfragestunde**

Vor Beginn der Tagesordnung im ‚Öffentlichen Teil‘.

Fragen wurden nicht gestellt.

### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

**Herr Walter** eröffnete die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und insbesondere das Ehrenratsmitglied Herrn Walter Wundram und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Ohne Änderung wurde die Tagesordnung **einstimmig** beschlossen.

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 24. Januar 2008**

**Herr Obst** wies darauf hin, dass der Anlage zum Protokoll vom 24.01.2008 nicht alle Ratsausschüsse beigefügt worden seien. Er bat um Überprüfung und gegebenenfalls nochmalige komplette Übersendung der geänderten Anlagen.

**Herr Walter** erklärte hierzu, dass die am 06.03.2008 übersandte Liste der 16. Wahlperiode durch Herrn Rode komplett gewesen sei. Man werde gleichwohl die Richtigkeit der Anlagen überprüfen und soweit notwendig diese erneut an die Ratsmitglieder übersenden.

**Mit 29 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen wurde die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 06.03.2008 mit der Anmerkung von Herrn Obst genehmigt.**

### **3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

**Herr Baxmann** erklärte, er habe keine Mitteilungen bekannt zu geben. Allerdings wolle er erwähnen, dass der Ratsvorsitzende, Herr Walter, am 26.02.2008 Geburtstag gehabt habe und man ihm hierzu noch nachträglich herzlich gratuliere.

**Herr Walter** bedankte sich für die Geburtstagsgrüße und erwähnte gleichzeitig, dass der Ratsherr Florian Leppert am 29.01.2008 sowie die Ratsfrau Frau Birgit Meinig am 21.02.2008 ebenfalls Geburtstag gehabt hätten und man diesen ebenso nachträglich herzliche Glückwünsche aussprechen wolle.

#### 4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

K E I N E

#### 5. **Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 5-12 "Nördlich Worthstraße" Vorlage: 2008 0285**

---

**Herr Strecker** teilte mit, dass im Ortsrat der Ortschaft Otze, im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport sowie im Verwaltungsausschuss jeweils empfohlen worden sei, im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 5-12 „Nördlich Worthstraße“ der Planstraße A den Namen „**Kötnerkamp**“ sowie der Planstraße B den Namen „**Wandelbergfeld**“ zu geben.

Entsprechend dem Vortrag von **Herrn Strecker** beschloss der Rat **einstimmig**, dass die Planstraße A den Namen „**Kötnerkamp**“ und die Planstraße B den Namen „**Wandelbergfeld**“ erhält.

#### 6. **48. Änderung des Flächennutzungsplans (Otze - Nördlich Worthstraße) - Feststellung - Bezugsvorlage: 2007 0222 Vorlage: 2008 0288**

---

**Herr Trappmann** erklärte, Ziel der Änderung des Flächennutzungsplanes sei es, nördlich des Ortsteiles Otze neue Baufelder auszuweisen. Er wies darauf hin, dass die im Ortsrat Otze und im Bauausschuss erfolgten Anregungen sowie die im Verwaltungsausschuss gegebenen Empfehlungen sich auf den Bebauungsplanentwurf (Vorlage-Nr. 2008 0294) bezögen. Der Bebauungsplan befinde sich jedoch noch im Aufstellungsverfahren und werde erst später zu beschließen sein.

**Der Rat fasste einstimmig bei 31 Ja-Stimmen den unter Ziffer 4 der Vorlage 2008 0288 formulierten Beschluss.**

#### 7. **EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt; hier: Niedrige Sozialtarife für den Bezug von Strom und Gas zum Schutz benachteiligter Kundinnen und Kunden Vorlage: 2007 0284**

---

**Herr Fleischmann** erläuterte den durch „Das Linksbündnis“ gestellten Antrag zur Einführung niedriger Sozialtarife für den Bezug von Strom und Gas zum Schutz benachteiligter Kundinnen und Kunden. Er wies darauf hin, dass man mit dem Antrag eine Forderung des Bundesumweltministers, Herrn Sigmar Gabriel, aufgenommen habe, finanziell schwache Haushalte bei dem Bezug von Strom und Gas zu entlasten. Aus diesem Grund sei beantragt worden, dass die Stadt als Mehrheitsgesellschafterin der Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH, die Stadtwerke Burgdorf GmbH anweist, niedrige Sozialtarife für den Bezug von Strom und Gas zum Schutz benachteiligter Kundinnen und Kunden einzuführen. Er verwies diesbezüglich auf die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt

(2003/54/EG), wonach einkommensschwache Haushalte einen Ausgleich für hohe Energiepreise erhalten sollen. Wie dies im Einzelnen umzusetzen sei, lasse die Richtlinie zwar offen, jedoch bestehe hier Handlungsbedarf.

**Herr Fleischmann** verwies hierzu auf die Entwicklung der Strom und Gaspreise in den vergangenen Jahren. Die Strompreise seien laut Verbraucherpreisindex im Zeitraum von 1998 bis zum Jahre 2006 um rund 30 % gestiegen. Seit dem 01.01.08 sei in der „Mengenzone 2“ eine Steigerung hinsichtlich des Arbeitspreises i.H.v. 6,15 % und bei dem Grundpreis von 27,41 % zu verzeichnen gewesen. Bei dem Tarif der „Mengenzone 2“ handele es sich im Übrigen um einen Tarif, in welchem die meisten Privathaushalte der Stadt Burgdorf tarifiert sind.

**Herr Fleischmann** bat abschließend darum, die Forderung des Bundesumweltministers ernst zu nehmen und seinen Antrag zu unterstützen.

**Herr Alker** sprach sich dafür aus, diese Problematik in den Fachausschüssen zu behandeln. Insbesondere im Hinblick auf die Frage, inwieweit die Kommune tätig werden solle. Er verwies jedoch gleichzeitig darauf, dass die entsprechende EU-Richtlinie eine etwas differenziertere Wortwahl hinsichtlich der zu treffenden Maßnahmen getroffen habe, was nicht heißen solle, dass man sich dem Grundgedanken verschließen solle. Die Europäische Union (EU) lege den Kommunen und damit der Stadt Burgdorf durch diese Richtlinie jedoch keine verpflichtenden Maßnahmen auf. Zum einen gehöre diese Angelegenheit zunächst in den Aufgabenbereich des Bundes, zum anderen sei die SPD-Fraktion diesbezüglich bereits aktiv geworden.

**Herr Alker** merkte an, dass durch die Monopolstellung großer Konzerne wie beispielsweise der RWE, welche 90 % des Marktes beherrschen, eine erhebliche Preissteigerung bei Strom und Gas zu verzeichnen sei. So seien die Strompreise seit dem Jahr 2000 drastisch gestiegen, wodurch die Stromkonzerne einen nicht unerheblichen Gewinn verbuchen konnten. Einer Fernsehsendung habe er entnommen, dass an der deutschen Grenze der Preis für Ferngas für eine kWh 16,00 Euro betrage. Vom Kunden werde das 3-fache verlangt. Da dies so nicht hingenommen werden könne, sollten alle daran interessiert sein, hier die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Er habe Frau Caren Marks, Abgeordnete der SPD im Deutschen Bundestag, in einem Schreiben aufgefordert, hier entsprechend tätig zu werden. Durch das Bundeskartellamt sei bereits eine Reaktion erfolgt.

**Herr Alker** wies ferner darauf hin, dass die Verbraucher unter der Internetadresse [www.energieverbraucher.de](http://www.energieverbraucher.de) entsprechende Musterschreiben erhalten können, um ihre Verbraucherrechte geltend zu machen. Weiter riet er zur Unterstützung entsprechender Initiativen.

Abschließend erklärte **Herr Alker**, seine Fraktion stimme der Überweisung des Antrages des „Linksbündnisses“ in den Fachausschuss prinzipiell zu und hoffe auf eine breite Basis bei den Diskussionen zu diesem Thema.

**Herr Fleischmann** bat um Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger und in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen. Gleichzeitig bat er darum, sich in diesen Ausschüssen an den Beratungen zu diesem Antrag beteiligen zu dürfen.

**Herr Morich** merkte hierzu an, er sei der Ansicht, dass der Antrag im Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger behandelt werden solle. Er bekräftigte, dass es sich hierbei um ein sehr wichtiges Thema für die Zukunft handle. Vor dem Hintergrund der steigenden Bevölkerungszahlen wies er darauf hin, dass Energie immer teurer werde. Allerdings seien von dieser Problematik nicht nur ALG II-Empfänger betroffen, sondern zum Teil auch Arbeitnehmer mit geringem Einkommen. Er begrüße daher die Behandlung dieses Themas in den Fachausschüssen.

**Der Rat fasste einstimmig den Beschluss, den am 20.01.2008 von Herrn Fleischmann für „Das Linksbündnis“ gestellten Antrag in die Fachausschüsse für Soziales und die ausländischen Mitbürger sowie Wirtschaft und Finanzen zu überweisen.**

**8. Unterrichtung des Rates über Verträge mit Rats-, Ortsrats- und sonstigen Ausschussmitgliedern sowie dem Bürgermeister  
Berichtszeitraum: Februar 2007 bis Januar 2008  
Vorlage: 2008 0300**

---

**Herr Rohde** erklärte, er begrüße nunmehr diese Vorlage. Zur Begründung verwies er zunächst auf den Vorgang bezüglich der Verteilung von Freikarten für die Bundesligaspiele des Fußballvereins „Hannover 96“ an Fraktionsvorsitzende. Gleichzeitig verlas er Passagen aus einem diesbezüglich gefertigten Schreiben des Oberbürgermeisters von Hannover, Herrn Stephan Weil, vom 03.09.2007. Herr Weil habe in diesem Schreiben vorgeschlagen, dass sich der Rat der Stadt Hannover eine Art „Ehrenkodex“ gebe, aus dem hervorgehe, was erlaubt und nicht erlaubt sei. Damit werde Klarheit geschaffen und gleichzeitig Rechtssicherheit für die Ratsmitglieder, die für ehrenamtliches Engagement kein Risiko eingehen sollten. Zwischenzeitlich sei in Hannover beschlossen worden, dass alle Beträge über 10,00 Euro nachzuweisen sind. Er begrüße einen solchen Entschluss.

Im Übrigen rege er die Vorlage eines jährlichen Berichts des Bürgermeisters der Stadt Burgdorf bezüglich der Teilnahme an Veranstaltungen an, zu denen der Bürgermeister im Laufe des Jahres eingeladen werde. Er meine hiermit nicht Geburtstagsfreiern pp., sondern vielmehr Veranstaltungen, so seine Aussage, „am Rande des Erlaubten“. Welche Veranstaltungen er genau meine, wolle er jedoch nicht angeben. Die betroffenen Personen wüssten, um welche Veranstaltungen es sich handle.

**Bürgermeister Baxmann** warf ein, dass er dieses leider nicht wisse.

Weiterhin führte **Herr Rohde** aus, dass der Rat aus 32 Ratsfrauen und Ratsherren sowie dem Herrn Bürgermeister bestehe. Er frage sich nunmehr, wen genau diese Regelung zu vorgenannter Vorlage treffe. Zunächst erklärte er, dass die im Rat befindlichen neun Beamten, sieben Angestellten, acht Rentner und vier Hausfrauen nicht in Betracht kämen. Somit verblieben vier Ratsfrauen/Ratsherren. Eine dieser Personen sei er selber. Da er weder eine Einzelfirma besitze noch hundertprozentiger Gesellschafter einer GmbH sei, genauso wie Herr Barthold Plaß, verblieben somit lediglich zwei Ratsmitglieder. Nachdem er Frau Weilert-Penk

ebenfalls als Betroffene ausschloss, komme als Einziger der Ratsherr Michael Fleischmann als Firmeninhaber in Frage.

Im Anschluss hieran nahm der Rat die Vorlage 2008 0300 zur Kenntnis.

**9. Rückübertragung der Aufgabe Unterhaltssicherung an die Region Hannover  
Vorlage: 2008 0303**

---

**Herr Strecker** erläuterte die Vorlage und wies darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger entsprechende Anträge weiterhin bei der Stadt Burgdorf einreichen können und diese nach Überprüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit an die Region Hannover zur Bearbeitung weitergeleitet würden.

**Der Rat beschloss einstimmig, den Bürgermeister zu beauftragen, beim Land Niedersachsen zu beantragen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Feststellung und Bewilligung der Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz auf die Region Hannover zu übertragen.**

**Einwohnerfragestunde**

Nach Beendigung der Tagesordnung eröffnete **Herr Walter** erneut die Einwohnerfragestunde.

Da keine Fragen gestellt wurden, schloss er diese wieder.

Gegen 19.26 Uhr schloss **Herr Walter** die Sitzung.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer